Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode, 1979-80

02.02.1982 - Drucksache 10/736

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/736
02. 02. 82

Antrag der Fraktion der CDU

Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bejaht nachdrücklich, daß politisch Verfolgten Asyl zu gewähren ist. Sie unterstützt zugleich alle Bemühungen, den Menschen, die angesichts millionenfacher Verfolgung und Not ein menschenwürdiges Dasein suchen, zu helfen.

   Auch die Bundesrepublik Deutschland hat jedoch weder die Kraft noch die Möglichkeit, sich den notleidenden Menschen anderer Länder schrankenlos zu öffnen. Sie ist kein Einwanderungsland. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher geeignete Maßnahmen, die sicherstellen, daß entsprechend der Zweckbestimmung von Artikel 16 Abs. 2 GG ausschließlich den politisch Verfolgten Asyl gewährt wird.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen von Bundestag und Bundesrat, durch eine Neuregelung des Asylverfahrensrechts unter Erhaltung des Rechtsschutzes der Asylbewerber das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, beim Bund darauf hinzuwirken, für die Unterbringung der Asylbewerber zu sorgen und entsprechende Bundessammellager für Ausländer gemäß § 39 Ausländergesetz zu bestimmen und zu unterhalten.

   Der Senat wird aufgefordert zu überprüfen, inwieweit bis zu der noch ausstehenden Bestimmung von Sammellagern im Sinne des § 39 Ausländergesetz durch den Bund die im Lande Bremen lebenden Asylbewerber in geeigneten Sammelunterkünften untergebracht werden können.

4. Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, den Mißbrauch des Asylrechts einzuschränken.
   Dazu gehören insbesondere

   — Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung mit Hilfe von deutschen und ausländischen „Schlepperorganisationen", Geschäftemachern und deren Helfern,

   — Vorrang von Sachleistungen zum Lebensunterhalt anstelle ausschließlicher Bargeldzahlungen,

   — Heranziehung von Asylbewerbern zu gemeinnützigen Arbeiten nach dem Bundessozialhilfegesetz einschließlich der Betreuung ihrer Unterkünfte,

   — Überprüfung der Asylbewerber auf illegale Erwerbstätigkeiten.

Erfurth, Urban, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen